

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Alee.

IV. Jahrgang.

Berlin, Dienstag, den 9. Juni 1885.

N^o. 60.

Die innere Colonisation.

Dieses neueste Schlagwort der „Freisinnigen“, mit welchem der überseeischen Colonisation entgegengetreten werden soll, bildet den Titel eines Aufsatzes in der „deutschen Bauern-Zeitung“, der den Leiter des Eisenacher Bauernverbandes, Friedrich Wigger, zum Vater hat. Die „innere Colonisation“ wird darin als eine „Programm = Forderung“ des „Allgemeinen deutschen Bauernvereins“ bezeichnet, ihre Nothwendigkeit zu begründen und ihre Ausführbarkeit zu beweisen gesucht. Der Verfasser versteht darunter die Schaffung neuer Bauerngemeinden auf dem Areal bisheriger Domänen oder Großgüter und die Urbarmachung des Sumpfund Moorbodens in Posen, Westpreußen und Pommern, wofür er ein förmliches System von Staatszuschüssen, Staatshilfe, Unterstützungen und Eingriffen in das freie Verfügungsrecht vorschlägt.

Der Gedanke ist nicht neu; Versuche mit Domänenparzellirungen sind im vorigen Jahrzehnt (z. B. im Regierungsbezirk Stralsund) gemacht worden, sind aber nicht zum Guten ausgefallen. Eine solche Colonisation, wie sie hier empfohlen wird, bildete die Grundlage der Agrarpolitik von Albrecht dem Bären, den brandenburgischen Markgrafen, dem deutschen Orden in Preußen, dem großen Kurfürsten, den preußischen Königen, besonders Friedrich dem Großen, welcher Bruchländereien durch Heranziehung von Colonisten cultiviren ließ, bis zu Friedrich Wilhelm II., welcher namentlich im Nehebistritz die Anlegung von Dörfern förderte. Seit jener Zeit galt dieser Theil der Agrarpolitik für abgeschlossen. In der Folgezeit handelte es sich vornehmlich um die Erleichterung der Existenzbedingungen des Bauernstandes, um den „erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigenthums“, um Reallastenablösungen, um Gemeinheitstheilungen und Zusammenlegungen, um Förderung des Meliorationswesens.

Wenn jetzt die Erneuerung der alten Agrarpolitik der vorigen Jahrhunderte empfohlen wird, so vergißt man, daß der Zweck, welcher dieser Politik früher zu Grunde lag, nämlich flache Länder und öde Ländereien zu cultiviren, der Hauptsache nach erfüllt ist. Heute würde eine „innere Colonisation“, abgesehen von den Moor- und Sumpfgeländen, die sich nur noch vereinzelt finden, vornehmlich den Zweck verfolgen, in die bestehenden Besitzverhältnisse einzugreifen und die Vertheilungsverhältnisse des Besitzes zu ändern. Dies ist theils fortschrittliche, theils socialistische Agrarpolitik, gegen welche die gewichtigsten Gründe vorliegen. Von allen anderen Gründen aber abgesehen, unter denen die Verringerung der Einnahmen aus dem Domänenbesitz eine große Rolle spielt, würde die Parzellirung der Domänen und die Verschlagung der Großgüter die Gefahr von Zwergwirthschaften heraufbeschwören, welche für den Staat und die Volkswirtschaft noch viel nachträglicher sein würden, wie Latifundien. Bemerkenswerth übrigens ist es, daß der „freisinnige“ Bauer nicht nur dem Kostenpunkt eine völlig untergeordnete Rolle zuweist, sondern zu diesem Zweck den Staat Geld aufwenden und Vorschüsse geben lassen, ja selbst den Colonisten zur Besichtigung der Grundstücke freie Eisenbahnfahrt gewähren lassen und wenigstens für eine gewisse Zeit Untheilbarkeit für die erworbenen Grundstücke proclamiren will. Man sieht, wie gern die Freisinnigen ihre eigenen Grundsätze verleugnen, wenn sie nur den Domänen und Großgrundbesitzern zu Leibe gehen können.

Aber man kann über dieses agrarpolitische Programm denken, wie man will; Eins bleibt daran wunderbar, daß dies nämlich ein Bauern-Programm sein soll. Herr Wigger ist in den fortschrittlich-freisinnigen Ideen schon so weit vorgeschritten, daß er sie gar nicht mehr auf die Bedürfnisse der Bauern hin prüft.

Denn mit jener Politik kann nimmermehr den Bauern, sondern höchstens den fortschrittlich-socialistischen Ideen geholfen werden. Die ungünstige Lage des Bauernstandes rührt nicht von der Schwierigkeit her, welcher der Ausdehnung ihres Besitzes durch das Vorhandensein großer Güter bereitet wird, sondern von der Schwierigkeit, sich bei den schlechten landwirthschaftlichen Produktionsverhältnissen, den hohen Lasten und Abgaben und den in Folge der ausländischen Concurrenz niedrigen Productenpreisen in ihrem Besitze zu halten. Ein Bauer, der in dieser Lage ist, zerbricht sich wahrlich nicht den Kopf darüber, ob der Staat irgendwo einen neuen Bauer ansiedeln kann oder will. Ein Streben nach Ausdehnung des bäuerlichen Besitzes ist bisher nicht wahrgenommen worden, wohl aber das Eingehen vieler Bauernstellen. Alle im Jahre 1883 veröffentlichten Berichte der landwirthschaftlichen Vereine stimmen darin überein, daß sich der bäuerliche Besitz nur in sehr wenigen Gegenden widerstandsfähig gezeigt hat. Eine Abnahme des bäuerlichen Besitzes ist vorzugsweise für Pommern und Brandenburg, für die polnischen Bauern im Posenschen, ferner in Oberschlesien, in Theilen von Hannover und von Westfalen zu constatiren. Hieran ist vorzugsweise die Verschuldung und die Ueberlastung mit Steuern, auch die Erbtheilung Schuld. Die Bauern, die mit Recht egoistisch sind, haben für ihre Person gar kein Interesse an der Errichtung neuer Bauerngemeinden, und nur für ihre Söhne könnten sie die Gelegenheit zum Erwerb neuer Besitzungen wünschen. Was aber in aller Welt würde diesen der Erwerb nützen, wenn auch sie wie ihre Väter in Schulden gerathen, von Steuern überbürdet und ausgekauft werden, wenn auch sie sich bei den schlechten Erwerbverhältnissen nicht in ihrem Besitze halten können?

Die Gründung neuer Bauerncolonien in Preußen ist angesichts dieser Verhältnisse eine sinnlose Phrase. Unseren Bauern kann nur eine Erleichterung ihrer landwirthschaftlichen Existenzbedingungen helfen. Die „innere Colonisation“ mag sich demgemäß nicht auf die künstliche Errichtung neuer Bauernstellen, die bald wieder verkümmern könnten, werfen, sondern zunächst auf die Erhaltung der alten Bauernstellen, auf eine Erleichterung ihrer Lasten, auf eine Verbesserung ihrer wirthschaftlichen Lage. Sind sie erst stark und kaufkräftig geworden, dann werden sie schon von selbst an die Ausdehnung ihres Besitzes zum Besten der nachgeborenen Söhne denken, und es wird ihnen hierbei nichts im Wege stehen.

Der Streit im socialistischen Lager.

Der Zwiespalt, der aus Anlaß der bekannten, von der socialdemokratischen Fraction in dem Züricher Parteiblatt „Socialdemocrat“ erlassenen dictatorischen Erklärung in der socialdemokratischen Partei entstanden ist, greift immer weiter um sich. Jene Erklärung hatte dem „Socialdemocrat“ jedes Wort der Kritik gegenüber dem Verhalten der socialdemokratischen Reichstagsfraction untersagt. Hiergegen lehnten sich indes zahlreiche „Genossen“ in Zürich, Paris, Brüssel, London, Darmstadt, Leipzig, München, Elberfeld-Barmen und namentlich in Frankfurt a. M. auf, welche die socialdemokratische Fraction ob dieses „Ufases“ des Strebens nach Gewalt bezichtigten und ihr vorwarfen „Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht der Genossen“ gemacht, das Gleichheitsprincip verletzt und an Stelle des „edlen demokratischen Selbstbewußtseins“ verwerflichen Dünkel gesetzt zu haben. Insbesondere gegen die Frankfurter Protesterklärung richtete nun Herr Frohme, socialdemokratisches Mitglied des Reichstags, seine Pfeile durch eine geharnischte, in einem „Bourgeois“-Blatt (Frankfurter Journal) veröffentlichte Erklärung, in welcher er die Protest-erheber als eine „kleine Krakehlerclique“ bezeichnete, welche, „um

einem dummen Hochmuths- und sog. revolutionären Geist zu genügen, den Namen der Partei entehre, indem sie, vom Schleier der Anonymität beschützt, das Werk der Verhöhnung und Verleumdung betreibe und dem anarchischen Blödsinn Concessionen mache". Indem Herr Frohme hier die „Fraction“ gegen die „Genossen“ vertheidigte, konnte man annehmen, daß er im Sinne der Fraction handelte. Aber weit gefehlt! Bald darauf ergriff der Abgeordnete Bebel im „Socialdemocraten“ das Wort, um mit Herrn Frohme ein Hühnchen zu pflücken, dem er „überflüssigen Pathos und schulmeisterliche Hochfahrenheit“ vorwirft und gegenüber den Frankfurter Protestlern Unrecht giebt. Wohl gemerkt, Herr Bebel tritt, wenn auch mit einer gewissen Einschränkung, für den Frankfurter Protest ein, der sich in energischer Weise gegen die „Fraction“ gewandt hatte. Damit aber noch nicht genug! Herr Frohme richtet eine Entgegnung gegen Bebel, protestirt gegen den Terrorismus und die Corruption im eigenen Lager und findet einen Bundesgenossen, Namens Zollinger, selbst in Frankfurt, welcher das Verhalten der Frankfurter Kratehlerclique „Kadaupolitik“ und Bebel selbst eine „Art socialistischen Papsi“ nennt. Herr Frohme beruft sich überdies auf die Zustimmung der Fraction, was in einer „offenen“ Erklärung von Herrn Liebknecht als „zum Mindesten ungenau“ bezeichnet wird, und Herr Bebel protestirt abermals gegen Frohme und Zollinger, „die offenbar unfähig seien, ihren Gegnern anders als mit größter Beschimpfung der Personen und mit stärkster Verdrehung des Sachverhalts zu entgegenen“, indem er zugleich in Aussicht stellt, daß er den Streit „vor einem anderen Forum“ zum Austrag bringen werde. Nachdem sich Bebel und Frohme (letzterer hat natürlich abermals geantwortet) in dieser Weise festgebissen, kommt nun der socialdemokratische Abgeordnete Geiser mit einer Erklärung im Stuttgarter „Neuen Tageblatt“, worin er Bebel's Angriffe als unerhört bezeichnet und seinerseits bestätigt, daß die Mehrheit der Fractionsgenossen für Frohme und entschieden gegen Bebel sei.

So weit die actenmäßige Darstellung des Streits im socialistischen Lager, soweit er bis jetzt gediehen. Derselbe hat einen solchen Umfang angenommen, daß die Blätter aller Parteien darüber ihre Betrachtungen anstellen. Die einen halten den Streit für bedeutungslos und erinnern daran, daß solche Zänkereien schon oft stattgefunden haben, und daß die Sitten der Socialdemocraten „niemals die des Salons“ waren. Andere sehen darin den beginnenden Zerfall der Partei, der indeß nach ihrer Meinung nur dadurch aufgehalten wird, daß das Socialistengesetz, welches sie zusammenhält, noch existirt. Andere legen besonders auf die radicalen Protesterklärungen Gewicht und erblicken in dem anarchischen Geiste derselben eine Frucht des Socialistengesetzes und einen Beweis der Unfruchtbarkeit der Socialreform. Am praktischsten fängt es der „Reichsfreund“ an, der überall im Trüben und sei es im socialdemokratischen Strudel zu fischen und den Arbeitern seine Partei bei dieser Gelegenheit aufs Nachdrücklichste zu empfehlen sucht. Er ist der Ansicht, daß die Art, wie sich die „Vertreter des arbeitenden Volkes“ behandeln, „ernüchternd und abschreckend auf die Massen der socialistischen Wähler wirken“ und sie wohl — in's freisinnige Lager treiben wird.

Wir unsererseits sehen in jenem Streit eine ganz natürliche Consequenz der Entwicklung des Socialismus, der mehr verspricht, als er halten kann, und dessen Führer niemals die Wechsel einlösen können, die sie ihren „Gläubigen“ ausgestellt haben. Er ist ferner eine gute Wirkung des Socialistengesetzes und der Socialreform. Denn der Streit hat seinen Ursprung darin, daß ein Theil der Socialdemocraten gemäßigtere Anwandlungen hatte und sich mit den „Gewalthabern“ in Compromisse einließ; geführt wird er zwischen einer Gruppe, welche sich auf den Boden der realen Verhältnisse zu stellen sucht, und einer Gruppe, welche „dem anarchischen Blödsinn Concessionen macht.“ Wie dieser Streit sich weiter entwickeln wird, steht dahin; doch ist wohl anzunehmen, daß sich diese Gegensätze sehr bald von den Führern in die Wählermassen übertragen werden, zumal wenn letztere sehen, daß die Führer der Arbeiter gar keine Arbeiter mehr sind, sondern ihre Popularität dazu benutzen, um einträgliche kaufmännische Geschäfte anzulegen. Daß aber der „Freisinn“ der Erbe der Socialdemokratie werden könnte, ist eine Speculation, welche selbstverständlich völlig verfehlt ist. Vielmehr ist zu hoffen, daß, wenn sich erst ein Theil der Arbeitermassen dem Einfluß der radicalen Anschauungen

entzogen hat, die Socialreform, die ihnen jetzt durch Agitationen verkümmert wird, bei ihnen Eingang und Anhang finden wird.

Aus dem deutschen Wirthschaftsjahr 1883.

Im Jahre 1883 wurden 19,530,386 Doppel-Centner Getreide mehr ein- als ausgeführt. Geerntet wurden in diesem Jahre an Weizen 23,508,780 D.-Ctr. (gegen 25,534,470 im Jahre 1882), an Spelz 4,467,790 D.-Ctr. (gegen 4,583,580), an Roggen 56,000,680 D.-Ctr. (gegen 63,904,070), an Gerste 21,312,020 D.-Ctr. (gegen 22,563,550), an Hafer 37,184,469 (gegen 45,080,560) — in allen Getreidesorten also weniger; nur die Kartoffelernte war eine reichlichere: 249,064,310 D.-Ctr. (gegen 180,693,320 im Jahre 1882). Die Einfuhrmengen stammten im Betrage von 4,435,222 D.-Ctr. Roggen aus Rußland, 1,067,562 D.-Ctr. aus Holland; Weizen 2,486,057 D.-Ctr. aus Rußland, 2,041,446 D.-Ctr. aus Oesterreich-Ungarn, 911,909 D.-Ctr. aus Belgien und 373,756 D.-Ctr. aus Amerika; Hafer 1,682,449 D.-Ctr. aus Rußland; Gerste 428,053 D.-Ctr. aus Rußland und 1,949,440 D.-Ctr. aus Oesterreich-Ungarn; Mehl 394,584 D.-Ctr. aus Oesterreich-Ungarn; Mais 325,611 D.-Ctr. aus Oesterreich-Ungarn und 315,062 D.-Ctr. aus Amerika. — Die Weinernte lieferte einen brauchbaren Mittelwein, der Ertrag kam einem halben Herbst gleich. Auch die Zuckercampagne hatte sich 1882/83 im Allgemeinen zu einer befriedigenden gestaltet. Waren auch die erzielten Durchschnittspreise gegenüber früheren Jahren mäßig, so war andererseits das geerntete Rübenquantum ein ganz abnorm großes, und auch die Qualität der Rüben erwies sich ausgiebiger, als man erwartet hatte. Erst in der folgenden Campagne (1883/84) fielen bei befriedigender Ernte und hoher Zuckerausbeute die Zuckerpriese in Folge der gewaltigen Ueberproduction stetig bis auf einen bisher noch nie gekannten niedrigen Standpunkt. Im Kalenderjahre 1883 wurden 5,126,303 D.-Ctr. Zucker ausgeführt gegen 3,488,973 im Vorjahre. Der Tabackbau war für den Producenten wohl ziemlich gewinnreich, der Handel jedoch fand sich in seinen Erwartungen getäuscht. Die Mühlen-Industrie ist durch das Reichsgesetz vom 23. Juni 1882, wodurch auf den Identitätsnachweis verzichtet wurde, theils durch die Möglichkeit, ihre Nebenproducte (Kleie etc.) vortheilhafter zu verwerthen, in eine etwas bessere Lage gekommen. Die Mehlausfuhr hat sich deshalb gegen das Vorjahr bedeutend gehoben und ist von 928,443 auf 1,362,813 D.-Ctr. gestiegen. Die Einfuhr (hauptsächlich aus Ungarn und Frankreich) ist von 445,610 auf 489,649 D.-Ctr. angewachsen. — Die Spiritusproduction wurde in Folge der mangelhaften Kartoffelernte des Jahres 1882 geringer. Die Ausfuhr deutscher Branntweine fiel von 909,637 D.-Ctr. im Jahre 1882 auf 643,421 im Jahre 1883. — Kartoffelstärke-Fabriken sind auch 1883 im preussischen Osten zahlreich angelegt worden; zum Theil unter dem Einfluß dieser großen Production haben sich Preis und Absatzverhältnisse recht ungünstig gestaltet. Die Ausfuhr sank fast um die Hälfte, von 140,960 D.-Ctr. im Jahre 1882 auf 73,061 im Jahre 1883. — Die Brauereien konnten vor der jüngsten Ernte zwar durch günstige Gersteneinkäufe Nutzen ziehen, hatten aber andererseits durch die Hopfentheuerung einen schweren Stand: in Bayern gerietzen die kleineren Brauereien in immer größere Bedrängniß. Nur große städtische Brauereien, die, unterstützt durch ihre Capitalien oder ihren Credit, in der Lage waren, sich durch rechtzeitige Hopfeneinkäufe noch zu günstigen Preisen zu decken, können auf das Subjahr 1882/83 mit Befriedigung blicken. München versott im Subjahr 1882/83 (1. Juli bis 30. Juni) 712,665 hl Malz, etwa 15,000 hl mehr als im Jahre vorher. Seit 1878/79 hat Münchener Bier immer mehr Terrain auswärts gewonnen, und heute hat jede der hervorragenden Münchener Brauereien einen eigenen Park von Bierwagen auf der Eisenbahn laufen. Die elsässische Bierbrauerei litt ungemein unter den hohen Hopfen- und Gersteneinkäufen. Ein gutes Absatzfeld ist nach wie vor Frankreich und Algier; indeß mehren sich in Frankreich die Brauereien, und das bayerische Bier macht dort wie auch im Elsaß große Concurrnz. Straßburg versendet jetzt große Mengen nach Amerika, Australien u. s. w. In Berlin haben sich Bierproduction und Absatz erhöht, erstere um 6 bis 7 Procent gegen das Vorjahr; auch Ein- und Ausfuhr sind fortwährend gestiegen. Die Einfuhr von Bier nach Deutschland vom Ausland ist von 127,610 D.-Ctr. auf 135,375 D.-Ctr. gestiegen und besteht überwiegend aus österreichischem Gebräu (120,044 D.-Ctr.) und englischem. Die Ausfuhr aus Deutschland ist erheblicher von 1,285,474 auf 1,332,085 D.-Ctr. gewachsen und beträgt unter anderem nach Frankreich 545,643 D.-Ctr. — Die Samenernte fiel befriedigend aus und wurde die Entwicklung des Geschäfts der Handelsgärtnerlei wesentlich gefördert. — Das Viehgrasungsgeschäft in Schleswig-Holstein ist 1883 bedeutend gewesen. Ueber Tönning wurden von Ende Juni bis Ende November 23,283 Stück Hornvieh und 49,658 Schafe nach London ausgeführt und hatten die Concurrnz mit den immer stärker werdenden australischen und amerikanischen Zufuhren zu bestehen. Aus dem östlichen Deutschland fand über Berlin nach dem westlichen und südwestlichen, wie auch nach Holland und Belgien ein lebhafter Handel statt in Folge der Nachwirkung ungünstiger Futterernte von 1881;

weniger günstig lagen für den Osten Deutschlands die Chancen des Exports nach England. Die Ein- und Ausfuhrtabellen des deutschen Reichs zeigen eine Zunahme der Einfuhr von Pferden, Stieren, Ochsen, Schafvieh und Lämmern, Abnahme von Röhren, Jungvieh und ganz jungen Kälbern, in Schweinen und Spanferkeln. Die Ausfuhr ist bei Pferden, Stieren, Röhren, Jungvieh, Schweinen (von 294,792 auf 417,822 Stück), Lämmern gestiegen, in den anderen Gattungen gefallen. Die Einfuhr von ausgeschlachtetem, frischem und zubereitetem Fleische hat sich 1883 gegen das Vorjahr erhöht von 74,534 auf 103,225 D.-Ctr. (hauptsächlich über die Hansestädte, Belgien, Holland und aus Rußland), die Ausfuhr aus Deutschland von 59,751 auf 73,751 D.-Ctr. (hauptsächlich nach Frankreich, Belgien, Schweiz und über Hamburg). Die Buttereinfuhr ist von 46,637 auf 48,881 D.-Ctr. gestiegen (Rußland und Oesterreich sind die wichtigsten Lieferanten, Amerika ganz unbedeutend). Beträchtlicher ist die Ausfuhr von 116,585 auf 125,848 D.-Ctr. gewachsen. Holstein macht regelmäßige Versendungen nach Spanien und den tropischen Ländern. Daß die rationelle Butterbereitung in Deutschland sich immer mehr ausbreitet, lassen mehrere Berichte erkennen. Uebrigens hat der reiche Obstsegen 1883 den Consum im Inlande beeinträchtigt.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Ueber den Betrieb des Unterrichts in weiblichen Handarbeiten an den Landschulen der Monarchie hat der Cultusminister aus den in Folge seiner Circularverfügung vom 19. November 1883 eingegangenen statistischen Nachrichten eine Zusammenstellung fertigen und diese in dem Centralblatt für die gesammte Unterrichts-Verwaltung veröffentlichen lassen. Ein besonderer Abdruck dieser Zusammenstellung ist an die Königl. Regierungen gegangen. Eine Vergleichung mit dem Stande vom December 1880 zeigt in einzelnen Bezirken erfreuliche Fortschritte in Beziehung auf die Zahl der Schulen, in welchen der Handarbeits-Unterricht inzwischen eingeführt ist. In andern Verwaltungsbezirken sind dagegen die Fortschritte noch sehr gering, und es wird dadurch den beteiligten Behörden und Beamten die Pflicht nahe gelegt, sich der Förderung dieser Angelegenheit mit besonderem Eifer zu widmen. Auch das Verhältniß der Zahl der Handarbeits-Lehrerinnen, welche die Prüfung als solche abgelegt haben, zu denjenigen, welche den Unterricht ohne vorhergegangene Prüfung ertheilen, kann in den meisten Bezirken nicht als befriedigend angesehen werden.

Es ist die Frage aufgeworfen, ob die nachträgliche Anzeige der Vornamen eines Kindes zum standesamtlichen Geburtsregister durch ein amtliches Schreiben des mit der Taufe betraut gewesenen Geistlichen erfolgen dürfe. Der Minister des Innern ist deshalb mit dem Justizminister und dem Reichsjustizamt in Benehmen getreten. Das Reichsjustizamt hat sich mit einem Erlaß des früheren Ministers des Innern vom 18. Mai 1880 einverstanden erklärt, wonach die nachträgliche Anzeige der Vornamen, ebenso wie die Anzeige des Geburtsfalls selbst mündlich zu machen, abgesehen allein von denjenigen Fällen, in welchen auch die letztgedachte Anzeige schriftlich erfolgen darf. Die Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 lassen, wie das Reichsjustizamt ausführt, keinen Zweifel darüber, daß die nachträgliche Anzeige der Vornamen einen Bestandtheil der Geburtsanzeige ausmacht, mithin in Ermangelung besonderer Vorschriften in derselben Weise zu erstatten ist, wie letztere. Hieraus folgt die Nothwendigkeit mündlicher Anzeige beim Standesbeamten, welche nur bei den in § 20 des erwähnten Gesetzes angeführten Fällen durch eine in amtlicher Form erfolgende schriftliche Anzeige der Vorsteher oder zuständigen Beamten an den daselbst genannten Anstalten ersetzt werden kann. Eine weitergehende Ausnahme, insbesondere von denjenigen Pfarrern oder sonstigen Geistlichen, welche nicht zu den in § 20 genannten Beamten gehören, ist vom Gesetz nicht vorgesehen. Diese Rechtsauffassung hat auch Seitens des Bundesraths bei Gelegenheit der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz vom 6. Februar 1875 grundsätzliche Anerkennung gefunden, indem der Bundesrath davon ausging, daß die nachträgliche Anzeige der Vornamen eines Kindes in der Regel mündlich zu geschehen habe, die schriftliche Anzeige nur in den Ausnahmefällen genüge. Der Minister des Innern hat deshalb die königlichen Oberpräsidenten ersucht, vorkommenden Falls nach dieser Norm zu verfahren und die Standesämter mit der erforderlichen Anweisung versehen zu wollen.

Politische Tagesfragen.

Kaiser Wilhelm hat am Sonnabend gegen Abend in Begleitung seiner Tochter, der Großherzogin von Baden, seine erste Spazierfahrt gemacht, der am Sonntag und Montag weitere folgten. Ueberall wurden dem geliebten Monarchen laute Jubelgrüße der freudig erregten Menge zu Theil. Nachdem nunmehr das letzte Unwohlsein als vollständig be-

hoben angesehen werden kann, dürfte Kaiser Wilhelm binnen Kurzem sich zur Kur nach Gms begeben.

Aus den mannigfachen Ansprüchen, welche der Kronprinz bei seiner neulichen Anwesenheit in Königsberg i. Pr. gehalten hat, heben wir diejenige hervor, die er an die Vertreter der Universität richtete und welche in den Herzen aller Deutschen mächtigen Widerhall finden wird. Der Kronprinz sprach wörtlich Folgendes:

„Jeder Anlaß, der Mich nach Königsberg führt, gereicht Mir zur Genugthuung und Freude, weil er Mir zugleich die Gelegenheit bietet, in Ihrer Mitte, meine Herren, die persönlichen Beziehungen zu erneuern und zu stärken, die Mich seit langen Jahren mit der „Albertina“ eng und fest verbunden haben. Seit Meinen eigenen Studienjahren ist Mir der Beruf eines akademischen Lehrers immer vor vielen anderen schön und bedeutungsvoll erschienen. Die großen Ereignisse der letzten Jahrzehnte haben Ihre Aufgabe, die studirende Jugend zu guten Bürgern des Staates zu bilden, wenigstens nach einer Seite hin wesentlich erleichtert, denn wenn früher Deutschland ein geographischer Begriff genannt wurde: jetzt hat dasselbe seinen nationalen Gehalt gewonnen; und wenn es in den Tagen unserer politischen Vielgestaltigkeit geboten war, den schwankenden vaterländischen Sinn zu wecken und neu zu beleben, so ist heute allen Deutschen, den Alten wie den Jungen, das Bewußtsein der Größe und Bedeutung des Deutschen Reiches in voller Herrlichkeit erstanden. Die Gefahren fremder Art und fremden Wesens für das geeinigete Vaterland haben wir, wie Mir scheint, für unser, so Gott will, immer mehr erstarkendes Staatswesen nicht zu fürchten. Sicherlich dürfen wir mit berechtigtem Stolze uns dessen rühmen, was unser Volk unter der glorreichen Führung seines Kaisers geleistet. Aber sorgen wir zugleich dafür, daß jede Ueberhebung uns fern bleibe. Eine solche ist undeutsch, und für ihre Bethätigung in dem Ton und Sinne, den wir bei anderen Nationen oft bitter getadelt, fehlt uns sogar der Ausdruck, den wir erst einer fremden Sprache entlehnen. Ich beglückwünsche Sie, meine Herren, daß Ihnen vergönnt ist, Ihres schönen Amtes in einer Zeit zu walten, wo es eine Freude ist, unter dem starken Schutze von Kaiser und Reich im neu geeinten deutschen Vaterland deutschen Geist und deutsche Bildung zu pflegen.“

Während der Abwesenheit des Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck von Berlin dürfen demselben weder amtliche noch nichtamtliche Schriftstücke vorgelegt oder nachgesandt werden. Es ist deshalb auf eine Beantwortung derselben nicht zu rechnen.

Die Lage der Landwirthschaft im Reg.-Bez. Stralsund und der Wohlstand im Allgemeinen ist, wie uns mitgetheilt wird, noch immer recht gedrückt. Die Fälle, in welchen landwirthschaftliche Besitzer oder Pächter ihren Eigenthums- oder Pachtbesitz wegen Vermögensverfalls zu veräußern versuchen oder abstehen müssen, mehren sich. Mit großer Sorge erfüllt viele Landwirthe der Umstand, daß die Verwerthung der Wolle auf große Schwierigkeiten stößt, weil die Lager der Händler zum Theil noch mit vorjähriger Wolle besetzt sind und wenig Neigung besteht, neue Wolle anzukaufen. Dagegen war der Getreidehandel im Frühjahr lebhafter geworden, namentlich hatten die überseeischen Verschiffungen von Stralsund aus zugenommen, in Folge dessen denn auch die Frachtsätze etwas gestiegen waren. Besonders lebhaft gestaltete sich der Fischhandel, namentlich hat der Heringsfang reichliche Ausbeute geliefert, doch stehen die Preise sehr niedrig. In Verbindung mit dem Fischhandel nimmt auch die Erzeugung von Korbweiden und Körben große Ausdehnung an. In der Umgegend von Stralsund werden die Anpflanzungen von Weiden immer zahlreicher. In der im Allgemeinen unbedeutenden Fabrikthätigkeit des Reg.-Bez. sind wesentliche Veränderungen nicht vorgekommen. Die vereinigten Stralsunder Spielkartenfabriken scheinen sich eines lebhaften Geschäftes zu erfreuen.

Ueber die wirthschaftliche Lage im Reg.-Bez. Gumbinnen wird uns gemeldet, daß der Landwirth vorläufig noch voll Hoffnung der Ernte entgegensehen kann. Allerdings ist seine Situation insofern gegenwärtig gedrückt, als die Preise für fast sämtliche landwirthschaftliche Erzeugnisse andauernd ihren niedrigen Stand behaupten, und sich deshalb größere Geldverlegenheiten geltend machen, als in derselben Zeit des Vorjahres. Abgesehen vom Hafer, welcher einen verhältnißmäßig günstigen Preis behauptet, haben die Getreidepreise auch in Folge der Frühjahrsbestellung keine nennenswerthe Steigerung erfahren, desgleichen blieb Amjag und Preis des Fettevihs gegen das Vorjahr zurück, und nur der Handel mit Schweinen schien sich in letzter Zeit lebhafter zu gestalten. Sehr empfindlich wirkt weiter der niedrige Spirituspreis, welcher Ausfälle verursacht, die gerade zur Frühjahrszeit, wenn es an sonstigen Einnahmen aus der Wirthschaft mangelt, schwer zu decken sind. Der Betrieb der meisten kleineren Brennereien ist deshalb bereits frühzeitig eingestellt; auch die größeren Wirthschaften betreiben die Spirituserzeugung in der Regel nur soweit, als die Höhe der Anlagekapitalien und die Viehernahrung es

noch räthlich oder nothwendig erscheinen lassen. Auch bei demjenigen Produktionszweige, welchem sich in den letzten Jahren die Landwirthe vorzugsweise zugewandt haben, bei der Erzeugung von Butter und Käse, wird vielfach über zu geringe Preise in Folge von Ueberproduktion geklagt. Lassen sich die Rückwirkungen der auf der Landwirthschaft lastenden ungünstigen Verhältnisse auch bei den Gewerbetreibenden konstatiren, so herrscht auf der andern Seite doch in allen Kreisen die feste Zuversicht, daß mit Durchführung der von der Reichsregierung beantragten und vom Reichstage angenommenen Schutzmaßregeln eine Besserung eintreten und dem weiteren Zurückgehen der inländischen Produkte ein Ziel gesetzt werden wird. Man hofft dies um so mehr, als auch von den angeblich schädigenden Einflüssen jener Maßregeln nichts zu bemerken ist. Der Handelsverkehr mit Rußland war namentlich über Proskien andauernd lebhaft und wurde in keiner Weise von den Getreidezöllen beeinträchtigt. In den Monaten Februar, März und April wurden mittels der ostpreussischen Südbahn eingebracht 6162 Wagen mit Getreide, außerdem noch eine Menge Delfuchen, Hanf, Flachs, Lumpen, Talg, Spiritus, Holz und andere Producte. — Mit recht lohnendem Erfolge wird die Ziegelfabrikation betrieben, so namentlich in den Kreisen Tilsit und Stallupönen, in Folge der Kavernbauten, so wie im Kreise Gumbinnen. Auch die Mühlenetablissements arbeiten mit gutem Erfolge.

Auch die landwirthschaftlichen Kreise des Regierungsbezirks Posen sehen, wie von dort mitgetheilt wird, wegen der trostlosen Lage der Spiritus-Fabrikation mit ernster Sorge in die Zukunft. Die Spiritus-Lager wachsen noch immer an, so daß sich keine Hoffnung auf eine Besserung der Preise darbietet. Getreidehandel und Mühlen-Industrie haben keine Veränderung erfahren, nur das Getreidegeschäft unter dem Einfluß der Zollerhöhung etwas mehr Leben gewinnen.

In Oesterreich ist durch eine Novelle zur Gewerbeordnung die Sonntagsruhe dieser Tage eingeführt worden. Zur Ausführung der bezüglichen Bestimmungen sind aber von dem Handelsministerium für nicht weniger als etwa 200 Gewerbe generelle Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit zugelassen worden, wozu noch besondere von den Provinzial- und Localbehörden zugelassene Ausnahmen hinzukommen können. Man ersieht hieraus, welchen Schwierigkeiten die Einführung eines Verbots der Sonntagsarbeit begegnet, und welche Hauptrolle hierbei gerade die Ausnahmen spielen. Daß die Feststellung derselben in Deutschland von genauen Ermittlungen der Bedürfnisse abhängig gemacht werden muß, ehe die Verantwortung für die Durchführung einer zweckentsprechenden Sonntagsruhe übernommen werden kann, ist begreiflich, wenn man erwägt, daß Deutschland ein Bundesstaat ist und daß die Gesetze im Deutschen Reich in allen ihren Bestimmungen genau und streng durchgeführt zu werden pflegen.

In Stettin ist die Lage der Rhederei, wie uns geschrieben wird, noch immer gedrückt. In Folge der Ueberproduction, welche während der letzten Jahre im Schiffsbau stattgefunden, sind die Frachten zum Theil so herabgegangen, daß selbst Fahrten mit voller Ladung den Schiffsbesitzern vielfach keinen Gewinn abwerfen. Ganz besonders gilt dies von den kleinen Segelschiffen, welche unter den heutigen Verhältnissen mit den geräumigen und schnellfahrenden Dampfern nicht mehr zu concurriren vermögen. Der Bestand an Segelschiffen hat sich in Stettin während des vorigen Jahres um 43 Fahrzeuge mit 11,213 Tonnen vermindert, während die Dampferflotte nur um 20 Schiffe mit 8774 T. zugenommen hat. Seit der Ende Februar erfolgten Eröffnung der Schifffahrt bis Ende April liefen im Ganzen 2961 Schiffsfahrzeuge ein, von denen 220 mit Getreide und 49 mit Kartoffeln befrachtet waren.

Ueber die Verwickelungen mit Zanzibar theilt die Nordd. Allg. Ztg. in einem Artikel, in welchem sie gegenüber einem englischen Blatte erklärt, daß Deutschland sich keineswegs mit Plänen gegen die Unabhängigkeit des Sultans von Zanzibar trage, folgendes Thatsächliche mit: „Das Reich hat vor einem halben Jahr einen Vertreter nach Zanzibar gesandt, um die Beziehungen mit dem Sultan durch den Abschluß eines Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrages zu befestigen und zu erweitern. Hierzu kam später die aus den Beschlüssen der Berliner Conferenz sich ergebende Aufgabe für den deutschen Vertreter, gemeinsam mit den Vertretern der anderen Conferenzmächte, auf Erleichterungen des Transit handels mit dem ostafrikanischen Festlande durch die unter der Herrschaft des Sultans von Zanzibar stehenden Küstenstriche hinzuwirken. Den Sultan von Zanzibar durch Gewaltmaßregeln zum Abschluß eines Handelsvertrages zwingen zu wollen, liegt unserer Regierung jedenfalls fern. Der Sultan hat vielmehr seinerseits rechtlich unbegründete Ansprüche auf die Gebiete erhoben, welche von der „Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft“ durch Verträge mit den eingeborenen unabhängigen Fürsten erworben sind, und ist sogar dazu übergegangen, Truppen in diese unter den Schutz Sr.

Majestät des Kaisers gestellten Gebiete rechtswidrig einzurücken zu lassen. Neuerdings hat er sich auch angeeignet, in gleicher Weise gegen den Sultan von Witu vorzugehen, der ebenso unabhängig ist wie der von Zanzibar, und der sich vertragsmäßig unter den Schutz Sr. Majestät des Kaisers gestellt und Angehörigen des Reichs Land abgetreten hat. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden dieses Vertrages hat der Sultan von Zanzibar eine Expedition von 600 Mann mit einigen Geschützen nach der Lamu-Bai vor Witu gesandt. Mit dem Witu-Reich aber steht Deutschland schon seit 1867 in freundschaftlichen Beziehungen, welche durch den Reisenden Richard Brenner angeknüpft worden sind. Schon Anfangs 1867 berichtete Brenner nach Berlin, daß der Sultan mit der königlich preussischen Regierung einen Schutz- und Freundschaftsvertrag abzuschließen wünsche. Der Sultan verpflichtete sich dabei im Voraus, den preussischen Unterthanen, welche sich in seinem Lande ansiedeln wollen, beliebiges Terrain zu überlassen und volle Handelsfreiheit, insbesondere auch die Befreiung von jedem Durchgangszoll nach den angrenzenden Pokomo- und Gallaländern, zu gewähren. Die damals begründeten Beziehungen sind seitdem aufrecht erhalten und enger geknüpft worden. Durch den jetzt abgeschlossenen Vertrag ist der Sultan von Witu rechtlich und thatsächlich der Freund und Verbündete des Deutschen Reichs geworden. Der Sultan von Zanzibar aber hat die Mittheilung von dem Abschluß dieses Vertrages durch militärische Maßregeln gegen den Sultan von Witu beantwortet. Es ist zu hoffen, daß der englische Einfluß in Zanzibar dazu beitragen wird, den Sultan rechtzeitig zum Einlenken aus der Bahn der Herausforderung zu vermögen, die er dem Deutschen Reich und seinen Angehörigen gegenüber betreten hat.“

Aus der Reichs-Hauptstadt.

Im Laufe des Monats April wurden in Berlin 328 Proben von Nahrungs- und Genußmitteln chemisch analysirt; hierzu kamen Untersuchungen von secret angekauften Waaren und auf besondere Verfügung angekaufter Butterproben. Die betreffenden Waaren mußten in 65 Fällen beanstandet werden und bezogen sich die Beanstandungen auf Butter, Milch, Weizengries, Chocoladen-Präparate, Fruchtzucker, Wein, Pfeffer, Safran und verschiedene Verpackungen. Besondere Beachtung verdient das Ergebnis der Butteruntersuchung. Die sieben Proben Kunstbutter, welche constatirt wurden, sind sämmtlich auf den Märkten als echte Butter verkauft worden. Die Verkäufer sind den öffentlich die Waaren entnehmenden Beamten bekannt und declariren diesen gegenüber auch ihre Waare als Kunstbutter, verschweigen diese Thatsache jedoch, wie der secreta Ankauf bewiesen hat, dem Publicum. Insbesondere betreibt eine hiesige Firma einen schwunghaften Handel mit Schmelzbutter. Diese Schmelzbutter ist ein Gemisch von etwa halb und halb Natur- und Kunstbutter und wird namentlich bei Bäckern in Berlin und außerhalb in großen Massen zu den Preisen echter Butter ohne Angabe des Kunstbuttergehaltes abgesetzt. — Unter den Milchproben waren 6 keine Vollmilch. Bei den Chocoladen-Präparaten war in einigen Fällen der übermäßige Gebrauch von Sandelholzpulver bemerkenswerth, auch der seit längerer Zeit nicht constatirte Gebrauch von Bolus, bezw. Ocker in Stücken-Chocoladen. Fruchtzucker mußte auch diesmal wiederholt beanstandet werden. Im Allgemeinen sollte roher Kartoffelstärkezucker überhaupt nicht als Genußmittel für Kinder verwandt werden. Es wird jedoch viel mehr Kartoffelzucker erzeugt, als schließlich für die Gährungsgewerbe als Malzsurrogat gebraucht werden kann. Dies Material geht in die Chocolate-Fabriken, die es in Tafeln gießen, parfümiren und als Genußmittel verkaufen. Auch die Wahl des parfümirenden Zusatzes, z. B. des Birnätters, ist oft in hohem Grade unzumuthbar. Unter den Weinproben sind zwei Weißwein- und eine Rothweinprobe als mehr oder weniger künstliche Producte, letztere als übermäßig geghst beanstandet worden. Von Angarweinen war eine Probe theilweise Kunstproduct. Unter den Safranproben ward ein stark verfälschtes Product aufgefunden, das Curcuma, Sand und rothe Bestandtheile anderer Pflanzen ohne nähere Bestimmbarkeit enthielt.

Personalien.

Der Landrath v. Arnstedt aus Zeitz ist zum Ober-Präsidentenrathe ernannt worden.

Die Konsistorialräthe Dr. Brandt in Osnabrück und Nienaber in Stade, sowie die Seminar Direktoren Wedekin in Hildesheim und Dierke in Stade sind zu Regierungs- und Schulräthen ernannt worden. Dieselben werden vom 1. Juli cr. ab, und zwar die Regierungs- und Schulräthe Dr. Brandt und Dierke der Regierung zu Osnabrück, der Regierungs- und Schulrath Nienaber der Regierung zu Lüneburg und der Regierungs- und Schulrath Wedekin der Regierung zu Hildesheim überwiesen werden.

Dem Bürgermeister Stöckel in Stolp ist der Titel als Oberbürgermeister verliehen worden.